

LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG
IN FULDA

TISCHVORLAGE
2

11. OKTOBER 2014

GRUENE-HESSEN.DE

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
HESSEN



INHALTSVERZEICHNIS

Seite

4.1 Alternativantrag zum Leitantrag

3

Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden
Telefon: 0611.98920.0, Telefax: 0611.98920.33
landesverband@gruene-hessen.de
www.gruene-hessen.de

Redaktion: Nata Kabir
V.i.S.d.P.: Jochen Ruoff, Politischer Geschäftsführer
Druck: afrika-agentur, Frankfurt am Main

Ökologie, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit gehören zusammen

AntragstellerInnen:

Jennifer Bartelt (KV Frankfurt), Christian Bischoff (KV Frankfurt), Daniel Brenner (KV Frankfurt), Marina Ploghaus (KV Frankfurt), Josué Manuel Quintana Diaz (KV Frankfurt), Jan Schierkolk (KV Frankfurt), Cornelia Walther (KV Frankfurt), Jan Wittlich (KV Frankfurt)

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

Die Landtagsfraktion der GRÜNEN in Hessen wird gebeten, sich für die Einführung

1. Der Leitantrag wird unter Berücksichtigung folgender Punkte modifiziert:

- 5 a. „Solidarität“ ist eine der zentralen Grundwerte der Grünen und wird deshalb neben den Begriffen „Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit“ in den Antragstext aufgenommen.
- b. Der neue Titel des Leitantrags soll lauten: „Ökologie, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit gehören zusammen“.
- 10 c. Der Freiheitsbegriff wird im Zusammenhang mit Ökologie, Gerechtigkeit und Solidarität definiert und dazu gegenüber ökologische Verantwortungslosigkeit, soziale Ausbeutung und Neo-Liberalismus abgegrenzt. Bereits bestehende Beschreibungen im Antragstext zum Thema „Freiheit“ werden somit ergänzt.

2. Die Landesmitgliederversammlung beschließt den von den AntragstellerInnen vorgelegten, geänderten Leitantrag.

Ökologie, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit gehören zusammen

- 15 1. Die hessischen GRÜNEN begrüßen die vom Bundesverband angestoßene Debatte über das Thema Freiheit. Angesichts politischer Entwicklungen, die die Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft gefährden, ist dies erforderlich. Das massenhafte Sammeln der Daten von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen ist darunter nur eines von vielen Beispielen. Auch vor dem Hintergrund der Wahrnehmung der Grünen in der Öffentlichkeit erscheint uns eine Diskussion der Linie der Bundes-Grünen
20 notwendig und sinnvoll. Gerade während des letzten Bundestagswahlkampfes haben wir es den anderen Parteien leicht gemacht, uns in die Ecke „Verbotspartei“ zu rücken, in der wir weder sind noch hingehören. Dies erfordert auch ein Nachdenken über unsere Kommunikation.

25 2. Wir hessische GRÜNE wollen den Menschen Freiheiten sichern, Chancen eröffnen
und Angebote unterbreiten. Wir setzen auf überzeugen statt vorschreiben. Dies
sollte den Ton in unserer Kommunikation stärker bestimmen als bisher. Zugleich
definieren wir Freiheit in engem Zusammenhang mit Verantwortung zu ökologischer
Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dadurch unterscheidet sich der
30 Freiheitsbegriff ganz klar vom Freiheitsbegriff anderer Parteien. Der
Freiheitsbegriff der Grünen bedeutet gleichsam eine klare Abgrenzung vom
einseitigen wirtschaftlichen Freiheitsverständnis des Neoliberalismus – und das
heißt für uns Grüne: Wirtschaftliche Freiheit geht mit wirtschaftlicher
Verantwortung gleichermaßen einher.

35 3. Freiheit ist für uns auch immer die Freiheit des anders Denkenden oder anders
Lebenden und immer auch die Freiheit kommender Generationen und deren Recht auf
eine intakte Umwelt und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

4. Es waren die neuen sozialen Bewegungen und die GRÜNEN, die in den Jahren nach
1968 für viele Freiheiten erfolgreich gestritten haben und auch weiter streiten
40 werden: Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und
Beruf, Selbstbestimmung für behinderte Menschen, Integration von Menschen mit
Migrationshintergrund, gleiche Rechte für Schwule und Lesben, Eintreten für
gesellschaftliche Minderheiten.

5. Emanzipation, Selbstbestimmung, freie Entfaltung der Persönlichkeit waren,
45 sind und bleiben Kern des grünen Freiheitsbegriffs. Mit diesem Verständnis
stellen wir uns weiterhin staatlicher Bevormundung und staatlichem Unrecht
entgegen.

6. Ohne Gerechtigkeit bleibt Freiheit für viele ein leeres Versprechen. Nur wer
Chancen und Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft hat, kann sich frei
50 entfalten. Freiheit, Chancen und Teilhabe für alle in unserer Gesellschaft
kommen nicht von allein. Es ist Aufgabe von Politik, sie zu schaffen.

7. Da Gerechtigkeit sich zumeist auf die Verantwortung der Gesellschaft
gegenüber dem Einzelnen bezieht, sollte sie mit Solidarität ergänzt werden.
Diese definiert das soziale Miteinander und betont den gesellschaftlichen
55 Zusammenhalt. Solidarität betont damit auch die Verantwortung des Einzelnen
gegenüber anderen und ergänzt somit Gerechtigkeit.

8. Eine intakte Umwelt ist eine Grundvoraussetzung von Freiheit. Ohne
Verantwortung zu einer ökologischen Nachhaltigkeit und die Bewahrung einer
lebenswerten und lebenserhaltenden Umwelt ist Freiheit nicht denkbar. Das gilt
60 für die Freiheit künftiger Generationen ebenso wie für die Freiheit derer, die
schon heute unter Umweltverschmutzung und Klimaveränderung leiden. Die Freiheit

des einen darf die Freiheit des anderen nicht beschneiden. Dieses Gebot der Gerechtigkeit gilt insbesondere für die Ökologie. Wer seine Freiheit dazu nutzt, die Umwelt zu verschmutzen, beeinträchtigt die Freiheit anderer, da diese
65 gezwungen sind, ihre Ressourcen dafür einzusetzen, den Folgen dieser Umweltverschmutzung entgegenzuwirken, anstatt sie in ihre freie Entfaltung und Entwicklung zu investieren.

9. Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit sind Grundwerte grüner Politik, die durchaus auch im Spannungsverhältnis zueinander stehen können. Eine sorgfältige
70 Balance zwischen diesen Werten sollte sowohl für die Politik selbst, als auch in der Kommunikation gehalten werden. Wer zu Recht ein Mehr an Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit will, muss dies klar begründet kommunizieren und darf das Freiheitsbedürfnis der Menschen nicht unterschätzen. Und wer für Gerechtigkeit und Freiheit eintritt, darf die Ökologie nicht vernachlässigen.
75 Dabei dürfen keine dieser Grundwerte in Konflikt zur Solidarität gebracht werden. Eine freie Gesellschaft will von unseren Vorschlägen für eine ökologischere und gerechte Welt überzeugt, aber nicht zwangsbekehrt werden.

10. Mit einem so verstandenen und umgesetzten Vierklang aus Ökologie, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit hat Grüne Politik auch auf Bundesebene
80 alle Chancen, richtig verstanden und von der Bevölkerung getragen zu werden. Die hessischen Grünen werden dazu beitragen, dass sich Bundespartei, Bundestagsfraktion und die Grünen insgesamt auf Grundlage dieser Werte Grüne Politik voranbringen. Wir können dabei unseren hessisch- grünen Weg der inhaltlichen Konzeptarbeit und Eigenständigkeit zur Nachahmung empfehlen.
85 Eigenständig bedeutet für uns die Themen Ökologie, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit in einer modernen offenen Gesellschaft „Grün“ zu positionieren.

Begründung:

1. Solidarität ist einer der zentralen Werte der Grünen und definiert das soziale Miteinander noch eindeutiger und stärker als der Begriff der Gerechtigkeit. Solidarität betont den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gerechtigkeit ist zumeist individuell bezogen. Solidarität ergänzt also Gerechtigkeit. Wenn wir Freiheit stärker betonen wollen als bisher, dann brauchen wir ein klares und einfach verständliches Unterscheidungsmerkmal von der FDP. Solidarität ist dieses Unterscheidungsmerkmal. Für die Grünen gehören Freiheit und Solidarität untrennbar zusammen; die FDP sieht Freiheit und Solidarität häufig im Widerspruch.

2. Die kritische Diskussion über Leitlinien sollte nicht allein durch das Image als „Verbotspartei“ motiviert sein. Es gibt handfeste politische Gründe, den Begriff der Freiheit für die Grünen zu definieren und politisch zu besetzen. „Datenschutz“ und „TTIP“ sind zwei Beispiele dafür, wie bürger-

liche Freiheiten bedroht werden. Soziale Ausbeutung ist ein weiteres Beispiel dafür

3. "Ermöglichen statt verordnen" mag zwar für einen Freiheitsbegriff populär klingen, läuft jedoch bei wörtlicher Auslegung einigen Zielen Grüner Politik zuwider, bei denen es bei aller Freiheitsliebe dennoch nötig ist Gesetze zu machen oder zu verändern. Um beispielsweise die Energiewende zu ermöglichen braucht es ganz klar Gesetze und Verordnungen. Die Formulierung "überzeugen statt vorschreiben" ist da auch ist Praxis der Politik präziser.

4. Der bestehende Text ist in Punkt 5 grammatikalisch verwirrend und kann im ersten Moment so gelesen werden, als gehöre staatliches Unrecht zum grünen Freiheitsbegriff. Zudem kann die aktuelle Formulierung so gelesen werden, dass es staatliches Unrecht nur in der DDR (hier zudem unpräzise: "Neue Länder", also heutiger Status) gegeben habe. Darüber hinaus sollte der Freiheitsbegriff selbst grundsätzlich positiv gebildet werden und nicht durch negative Abgrenzung dessen, was er nicht beinhalten soll.

5. Da der Freiheitsbegriff der FDP nicht einmal kurz erläutert wird, sollte darauf nicht Bezug genommen werden. Gerade um Eigenständigkeit in diesem Thema zu unterstreichen verbietet sich ohnehin die explizite Erwähnung der FDP als freiheitliche Partei im Antrag. Daher sollte der Punkt 6 des Leitantrags gestrichen werden.

6. Der Bezug der Vorschläge zur Steuerpolitik zum Freiheitsbedürfnis erschließt sich nicht. Diese stießen nicht wegen eines Freiheitsbedürfnisses auf Kritik sondern, weil einige ihr Eigentum angegriffen sahen und es als ungerecht empfanden. Diese Vorschläge hatten also, zumindest in der Wahrnehmung, ein Gerechtigkeitsproblem. Nicht das Freiheitsbedürfnis sondern das Eigentumsbedürfnis wurde unterschätzt.

7. Es geht nicht allein um uns Grüne und erst recht nicht um Wahlergebnisse. Hier geht es um Grundsätze Grüner Politik auch über die nächsten Wahlen hinaus. Formulierungen wie "deutlich zweistellige Wahlergebnisse" oder "sorgfältig auf die nächste Bundestagswahl vorbereiten" kommunizieren eine Fixierung auf Wahlergebnisse und das Klammern oder Streben nach politischer Macht, was den Grünen ohnehin schon, wenn auch zumeist zu Unrecht, vorgeworfen wird. Diese Formulierung hat aus diesen beiden Gründen in diesem Leitantrag nichts verloren